

Demokratie in Schleswig- Holstein

Institutionen, Akteure und
Prozesse in der Landespolitik



LANDESBEAUFTRAGTER
FÜR POLITISCHE
BILDUNG



Demokratie in Schleswig-Holstein Institutionen, Akteure und Prozesse in der Landespolitik

Impressum

Der Landesbeauftragte für politische Bildung
des Landes Schleswig-Holstein
Karolinenweg 1, 24105 Kiel
Telefon: 0431 988-1646

Herausgeber
Dr. Christian Meyer-Heidemann
Dr. Hauke Petersen

Autoren
Dr. Achmed El Bureiasi
Prof. Dr. Wilhelm Knelangen
Johannes Schmidt
Walter Tetzloff

Satz und Layout
Der Landesbeauftragte für politische Bildung
des Landes Schleswig-Holstein nach einer
Vorlage der amatik Designagentur, Kiel

2. Auflage, Kiel 2020

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Liebe Lehrerinnen und Lehrer, liebe Interessierte,

Bund, Länder, Kommunen – wer ist eigentlich wofür zuständig? Was wird in Berlin und Karlsruhe, was wird in Kiel und Schleswig entschieden? Und welchen Einfluss hat das Land Schleswig-Holstein auf Bundesebene? Das Unterrichtsmaterial „Politik in Schleswig-Holstein“ soll Schülerinnen und Schülern einen fundierten Einblick in die politischen Institutionen und Prozesse in unserem Bundesland geben. Es hebt die Besonderheiten Schleswig-Holsteins hervor und macht verständlich, welche Bedeutung die Bundesländer im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland haben.

Politik und Verwaltung auf Landesebene bieten vielfältige Anknüpfungspunkte für den Unterricht: Die Grundsätze demokratischer Wahlen, die Arbeitsweise des Parlaments und der Regierung, die Machtverteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative – dies alles lässt sich auch hier in Schleswig-Holstein beobachten. Durch alltagsnahe Beispiele stellt das Material einen Bezug zu den Aufgaben von Landespolitik und Landesverwaltung her. Und es zeigt, dass das Land Schleswig-Holstein nicht zuletzt als späterer Arbeitgeber für Schülerinnen und Schüler interessant sein kann.

Die Landespolitik hat noch einen Vorteil: Die Wege zu den handelnden Personen sind kürzer als nach Berlin oder Brüssel. Nutzen Sie bitte die Gelegenheiten, indem Sie beispielsweise mit Ihren Schülerinnen und Schülern den Schleswig-Holsteinischen Landtag besuchen oder Politikerinnen und Politiker in Ihre Schule einladen. Denn nur wenn politische Bildung über eine reine Institutionenkunde hinausgeht, kann sie deutlich machen, dass die verbindliche Gestaltung der gemeinsamen Angelegenheiten eine spannende Sache ist.

Wir haben versucht, durch Kopiervorlagen Ihre Vorbereitungszeit für die einzelnen Unterrichtsstunden möglichst gering zu halten. Selbstverständlich finden Sie die Materialien auch digital unter www.politische-bildung.sh/unterricht, damit Sie diese auf die konkrete Lerngruppe und die Ziele Ihres Unterrichts anpassen können.

Mein Dank gilt Herrn Alexander Kraft (jetzt Bildungsministerium) und Herrn Holger Kliewe (Staatskanzlei), die den Anstoß für diese Publikation gegeben haben. Außerdem danke ich den Autoren für die konstruktiven Diskussionen und die gewissenhafte Erstellung des Materials. Das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Landtagsverwaltung hat dankenswerterweise durch Frau Vivien Albers die Entstehung dieser Publikation unterstützt.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Unterrichten und hoffe, dass das Material bei Schülerinnen und Schülern auf Interesse stößt.

Ihr
Dr. Christian Meyer-Heidemann



Landesbeauftragter für politische Bildung

ÜBERSICHT ÜBER DIE EINHEITEN

Modul	Thema	Intention	Methoden/Materialien	Kompetenzen Die SuS können ...
1	Schleswig-Holstein im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland	Die SuS können die verfassungsrechtliche Stellung Schleswig-Holsteins im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland beurteilen.	T-P-S, Prüfung mit Hilfe von Gesetzestexten (Grundgesetz, Landesverfassung SH)	<ul style="list-style-type: none"> ▷ (verschiedene) Aufgaben dem Zuständigkeitsbereich des Bundes bzw. der Länder zuordnen. ▷ die verfassungsrechtliche Stellung Schleswig-Holsteins im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland erläutern. ▷ beurteilen, inwiefern Schleswig-Holstein ein Land mit politischer Bedeutung im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland ist.
2	Die Vertretung der Bürgerinnen und Bürger: der Landtag	Die SuS können (unter besonderer Berücksichtigung seiner Kontrollfunktion) die Bedeutung des Landtags als Organ im politischen System Schleswig-Holsteins bewerten.	Positionslinie, ggf. Internetrecherche, kleine Anfrage als Fallbeispiel	<ul style="list-style-type: none"> ▷ die Aufgaben und die Arbeitsweise des Schleswig-Holsteinischen Landtags beschreiben. ▷ die Organisation und Zusammensetzung der Ausschüsse und ihre Kontrollfunktion erläutern. ▷ beurteilen, inwiefern der Schleswig-Holsteinische Landtag eine wirksame Kontrolle der Regierung ausüben kann.
3	So wird gewählt: Vom Gang zur Wahlurne bis zum gewählten Landtag	Die SuS können das Wahlsystem zum schleswig-holsteinischen Landtag (im Spannungsfeld von Repräsentation und Effizienz) bewerten.	Musterwahlzettel, Grafiken, statistisches Material	<ul style="list-style-type: none"> ▷ die Wahlrechtsgrundsätze erklären. ▷ das Wahlsystem zum Landtag Schleswig-Holstein darstellen. ▷ Vor- und Nachteile des Wahlrechts erläutern und gegeneinander abwägen. ▷ eine persönliche Bewertung des demokratischen Charakters des Wahlrechts vornehmen.

Modul	Thema	Intention	Methoden/Materialien	Kompetenzen Die SuS können ...
4	Die Landesregierung und der Ministerpräsident/ die Ministerpräsidentin	Die SuS können die (herausgehobene) Stellung des Ministerpräsidenten/ der Ministerpräsidentin und der Landesregierung im Zusammenspiel mit der Opposition beurteilen.	Ggf. Positionslinie/Verfassung Schleswig-Holsteins, Regierungserklärung, Schaubild, Organigramm	<ul style="list-style-type: none"> ▶ die Stellung der Landesregierung im politischen System Schleswig-Holsteins und ihre unterschiedlichen Aufgaben darstellen. ▶ das Verfahren, nach welchem der Ministerpräsident/die Ministerpräsidentin gewählt wird, erläutern. ▶ die „Richtlinienkompetenz“ des Ministerpräsidenten/der Ministerpräsidentin und deren Grenzen erläutern. ▶ die Mitglieder der Landesregierung sowie die an der Regierungsmehrheit beteiligten Parteien benennen. ▶ darstellen, welche Instrumente der Opposition zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stehen. ▶ die Chancen der Opposition, das Regierungshandeln in ihrem Sinne zu beeinflussen, beurteilen.
5	Das Landesverfassungsgericht – Hüter der Verfassung oder politischer Einflussfaktor?	Die SuS können die Stellung des Landesverfassungsgerichtes als Teil der Judikative im politischen System Schleswig-Holsteins beurteilen.	Diskussion/Gerichtsurteil, Schaubilder	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Institutionen und Personen den drei Säulen der Gewaltenteilung zuordnen. ▶ das Verfahren zur Wahl der Landesverfassungsrichter/-innen erklären. ▶ zur Rolle des Landesverfassungsgerichtes im politischen System Schleswig-Holsteins Stellung nehmen.

Abkürzungen

EA	Einzelarbeit
GA	Gruppenarbeit
L	Lehrer/-in
PA	Partnerarbeit
SV	Schüler(innen)vortrag
SuS	Schülerinnen und Schüler
T-P-S	Think-Pair-Share
UG	Unterrichtsgespräch

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM FÖDERATIVEN SYSTEM DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Schleswig-Holstein „als nach Fläche, Bevölkerung und Wirtschaftskraft kleines ‚Grenzland‘ gehört innerhalb der Bundesländer sicherlich nicht zu den politischen Schwergewichten.“¹

Begriffe

Bundesstaat

föderaler Bundesstaat

Einheitsstaat

Grundgesetz

Landesverfassung

So heißt es im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. In dem Eintrag werden aber auch Aspekte genannt, die den Einfluss Schleswig-Holsteins verdeutlichen. So sei die Brückenfunktion nach Skandinavien von wachsender Bedeutung und der Schutz sowie die Förderung der nationalen Minderheiten in Nord-schleswig (Dänemark) und Südschleswig (Deutschland) gelten inzwischen international als positiver Modellfall. Darüber hinaus haben einige Ministerpräsidenten Schleswig-Holsteins auch bundespolitisch eine wichtige Rolle gespielt (z. B. von Hassel, Stoltenberg – beide CDU – und der zeitweilige SPD-Vorsitzende und -Kanzlerkandidat Engholm). Die bundesweit diskutierte Barschel-Pfeiffer-Affäre war wichtiger Anstoß für eine grundlegende Verfassungsreform, „die SH die wohl modernste und experimentierfreudigste Landesverfassung unter den alten Bundesländern beschert hat, die auch bei den Verfassungsdiskussionen in Ostdeutschland eine Rolle gespielt hat“². Demnach handelte es sich also doch um ein Land mit politischer Bedeutung. Im folgenden Modul erhalten Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit, sich mit den Charakteristika Schleswig-Holsteins als Gliedstaat und seiner Stellung im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland auseinanderzusetzen sowie eine erste Beurteilung hinsichtlich des Einflusses des Landes auf Bundesebene vorzunehmen.

Didaktisch-methodische Hinweise

Im Einstieg präsentiert die Lehrkraft den SuS eine Karikatur (M1), die von ihnen zunächst beschrieben und anschließend interpretiert werden soll. Dabei werden die SuS vermutlich zum Ausdruck bringen, dass die Länder scheinbar zu einer Zusammenarbeit untereinander bereit sind, aber ihre eigenen Vorstellungen durchsetzen möchten.

Im Anschluss sollen die SuS den Text M2 lesen und am Beispiel des Bund-Länder-Finanzpakts herausarbeiten, dass der Bund zunehmend an Macht gegenüber den Ländern zu gewinnen scheint. Die Gegenüberstellung mit der Aussage aus M1 ermöglicht die Eröffnung einer Kontroverse um das Machtverhältnis zwischen dem Bund und den Ländern. Die SuS könnten zudem das Bedürfnis äußern, die unterschiedlichen Kompetenzbereiche zuzuordnen. ☛

¹ <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202064/land-schleswig-holstein?p=all>, 14.12.2017

² ebd.

Phase	L-Aktion	Sozialform/Methode/ Medien	erwartete SuS-Beiträge	Zeit
Einstieg	L präsentiert Karikatur (alternativ: Textauszug) und fordert SuS auf, diese(n) zu beschreiben und zu interpretieren (und ggf. zu bewerten).	UG/OHP bzw. Beamer	<ul style="list-style-type: none"> ▷ grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit, aber spezifische Interessenlage der Bundesländer ▷ (un-)klare Machtverhältnisse zwischen Bund und Ländern ▷ Organisationsstruktur der Bundesrepublik Deutschland als Föderalstaat sichtbar ▷ unterschiedliche Position zu wünschenswertem Machtverhältnis zwischen Bund und Ländern 	10'
	L fordert SuS auf, M2 zu lesen und M1 gegenüberzustellen.	EA, M2	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Länder weniger einflussreich als in M1 angezeigt ▷ Bund dominiert, will zunehmend Kompetenzen der Länder übernehmen 	10'
Problematisierung	L fasst ggf. kontroverse Beiträge der SuS zusammen und bittet diese um eine Problematisierung/ Formulierung einer Leitfrage.		<ul style="list-style-type: none"> ▷ Wie ist das Machtverhältnis zwischen Bund und Ländern? ▷ Welche verfassungsrechtliche Stellung (und welchen Einfluss) besitzt das Land Schleswig-Holstein im föderativen System der Bundesrepublik Deutschland? 	5'
Erarbeitung I	L fordert SuS auf, die Aufgaben 1–3 in EA zu bearbeiten.	EA/Grundgesetze und/oder Beamer, M3, M4	SuS bearbeiten die Aufgaben 1–3 und erarbeiten dabei die relevanten Grundgesetzartikel (hier: Art. 70–74 GG)	25'
Sicherung I/ Auswertung	s. oben	PA/Grundgesetze und/oder Beamer	SuS tauschen sich über ihre Ergebnisse aus und ergänzen bzw. korrigieren diese ggf.	10'
Sicherung II	L sichert die Beiträge der SuS.	UG/ggf. SV	vgl. Lösungshinweise	20'
Vertiefung	L moderiert das Unterrichtsgespräch.	UG	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Positionierung zwischen Dominanz des Bundes und starker Stellung des Landes auf Grundlage der Kompetenzverteilung zwischen diesen ▷ Abwägung zwischen Quantität und Qualität der Aufgabenbereiche ▷ ggf. Benennen konkreter Projekte und Kompetenzbereiche zur Veranschaulichung der eigenen Position 	10'

Im Gelenk weist die Lehrkraft darauf hin, dass im Laufe des Moduls eine Konzentration auf die verfassungsrechtliche Stellung des Landes Schleswig-Holstein erfolgen soll, und erteilt den SuS die Arbeitsaufträge mitsamt dem Material M3 und M4 für die anschließende Erarbeitungsphase. Zusätzlich zu den Arbeitsbögen sollte die Lehrkraft den SuS Exemplare des Grundgesetzes (GG), mindestens aber eine Visualisierung der Artikel 70–74 GG zur Verfügung stellen. So enthält die Erarbeitungsphase neben der Auseinandersetzung mit Artikeln des Grundgesetzes und der Landesverfassung auch noch eine haptische und handlungsorientierte Komponente. Je nach Vorkenntnissen der SuS im Umgang mit dem Grundgesetz könnte man diese auch auffordern, die relevanten Artikel eigenständig herauszuarbeiten.

Die Erarbeitungsphase bestreiten die SuS im Think-Pair-Share-Prinzip (T-P-S-Prinzip). Zunächst lesen Sie in Einzelarbeit die Materialien M3 und M4 und bearbeiten die Arbeitsaufträge 1–3 (think). Im Anschluss tauschen sie ihre Ergebnisse aus und ergänzen bzw. korrigieren diese gegebenenfalls (pair). Die Tabellenstruktur für Aufgabe 3 könnte man zur Vereinfachung vorgeben. Als Mittel zur Differenzierung könnte man (für leistungsschwächere Lerner/-innen) einzelne Aufgaben bereits den Spalten zuordnen oder Hilfekarten nutzen, die diese Funktion erfüllen. Sollte die Erarbeitung zu diesem Zeitpunkt länger gedauert haben als zunächst geplant, könnte man auf den Vergleich der Lösungen in Partnerarbeit verzichten.

Im dritten Schritt werden die Ergebnisse im Plenum besprochen und gleichzeitig an der Tafel gesichert (share; vgl. Lösungshinweise). Insbesondere die Zuordnung der Aufgaben in der Tabelle könnten die SuS dabei eigenständig an der (elektronischen) Tafel bzw. auf einer Folie vornehmen.

In der Vertiefung sollen die SuS dann unter Bezugnahme auf die gesicherten Ergebnisse und Materialien zum Machtverhältnis zwischen dem Bund und den Ländern Stellung nehmen. Dabei sollte die Lehrkraft die SuS auch zu einer Stellungnahme auffordern, inwiefern Schleswig-Holstein ein Land mit politischem Einfluss ist.

Mögliche Vertiefungsaufgaben

- ▷ Wer macht was? Ordnen Sie die folgenden Kompetenzen den Ebenen Bund und Länder zu (Erweiterung der Aufgabe 3 um weitere Aufgabenbereiche des Bundes und der Länder, z. B.: Versammlungsrecht, Ausbildungsförderung, Post und Telekommunikation, Naturschutz, Strafrecht, Denkmalschutz, sozialer Wohnungsbau, Waffenrecht).
- ▷ Woran erkennen Sie die Staatlichkeit des Landes SH? Erläutern Sie.
- ▷ Vergleichen Sie die Landesverfassung und das Grundgesetz und arbeiten Sie Übereinstimmungen und Unterschiede heraus.

Literatur/Quellen/Links

Das Land Schleswig-Holstein im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland der Bundeszentrale für politische Bildung:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202064/land-schleswig-holstein?p=all>

STURM, ROLAND: Föderalismus in Deutschland. Informationen zur politischen Bildung, Heft 318, Bonn 2013.
<http://www.bpb.de/izpb/159339/zusammenarbeit-im-deutschen-foederalismus>

Themengrafik Bundesländer/Föderalismus:
<http://www.bpb.de/politik/grundfragen/24-deutschland/40429/foederalismus>

Grundgesetz online:
<http://www.bpb.de/nachschlagen/gesetze/grundgesetz/>

Lösungshinweise

Aufgaben 1 und 2:

Die schülerindividuellen Lösungen ergeben sich weitgehend aus dem Text M3, der bereits eine hohe Informationsdichte aufweist. Um ihr Textverständnis unter Beweis zu stellen und sich zudem auf die Phase des Austausches der Ergebnisse in Partnerarbeit vorzubereiten, sollen die SuS allerdings eine weitere Reduktion vornehmen.

Aufgabe 3:

Bund	Bund/Länder (Abweichung Länder möglich)	Bund/Länder (konkurrierend, Bund hat Vorrang)	Länder (ausschließlich)
Art. 71, 73 GG	Art. 72 (3) GG	Art. 72 (1, 2, 4), 74 GG	Art. 70 GG
Kernenergierecht	Raumordnung	Abfallwirtschaft	Hochschulwesen
Grenzschutz	Hochschulabschluss	Straßenverkehr	Polizeiwesen
Währungswesen		Küstenschifffahrt	Bildung
Staatsangehörigkeit			Strafvollzug

Aufgabe 4:

In ihren persönlichen Stellungnahmen sollen die SuS die gesicherten Ergebnisse einbeziehen. Die Bewertung des Einflusses des Landes Schleswig-Holstein wird individuell unterschiedlich ausfallen. Bewertungskriterium für die Qualität der SuS-Urteile ist dabei nicht die Positionierung für einen starken oder schwachen Einfluss des Landes, sondern die Benennung von Kriterien und sachlich korrekte Einordnung der Stellung Schleswig-Holsteins in das föderative System der Bundesrepublik Deutschland.

DIE VERTRETUNG DER BÜRGERINNEN UND BÜRGER: DER LANDTAG

Der Landtag ist das zentrale Verfassungsorgan im Bundesland Schleswig-Holstein. Seine hervorgehobene Stellung folgt aus der direkten Legitimation durch die Bürgerinnen und Bürger, die ihn alle fünf Jahre wählen.

Begriffe

Aufgaben und Kompetenzen des Landtags

Landtagspräsident

Landtagsverwaltung

Ausschüsse

Untersuchungsausschuss

Plenum

kleine und große Anfrage

aktuelle Stunde

Fragestunde

Art. 16 Abs. 1 der Landesverfassung Schleswig-Holsteins (Verf SH) formuliert: „Der Landtag ist das vom Volk gewählte oberste Organ der politischen Willensbildung.“

Gleichzeitig hört man häufig den Vorwurf, die Landtage hätten in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung verloren. Sie würden nur noch diskutieren, heißt es, ohne auf die politischen Entwicklungen konkreten Einfluss nehmen zu können. Diese Kritik ist teilweise berechtigt, obwohl die Länderparlamente daran keine Schuld tragen. Zum Beispiel sind einige Kompetenzen von den Ländern an den Bund übergegangen. Durch den Ausbau der Europäischen Union wiederum sind Teile der nationalen Gesetzgebung an die EU-Kommission und an das Europäische Parlament abgetreten worden. Bundestag und Länderparlamente haben oft nur einen sehr engen Spielraum bei der Umsetzung von EU-Vorgaben. Auf der anderen Seite hat das Arbeitspensum des Schleswig-Holsteinischen Landtags im Lauf der Jahre nicht abgenommen, sondern, im Gegenteil, sogar zugenommen. In der verkürzten 17. Wahlperiode (2009–2012) wurden 2 552 Beratungsgegenstände behandelt. In der 8. Wahlperiode (1975 bis 1979), also vor mehr als 40 Jahren, waren es 2 110. Wurden von 2009 bis 2012 insgesamt 157 Gesetzesvorlagen eingebracht, so waren es gut 40 Jahre davor 107. An der Arbeitsweise hat sich also nichts Entscheidendes geändert. Damals wie heute ist es neben der Gesetzgebung eine zentrale Aufgabe des Landtages, Fragestellungen von allgemeiner Bedeutung für die Öffentlichkeit aufzugreifen und kontroverse Standpunkte darzustellen. Diese „Diskussionsfunktion“ des Parlaments macht politische Entscheidungsprozesse transparent und ist daher wichtig für das politische Klima und die politische Kultur in einer demokratischen Gesellschaft.

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Einstieg in die Stunde erfolgt anhand eines Auszuges aus der Landesverfassung (M1), in der die Bedeutung des Landtags als oberstem Organ der politischen Willensbildung thematisiert wird. Dieser Ausschnitt sollte die SuS bereits zu der Frage leiten, ob es sich beim Landtag um das wichtigste Organ bzw. „das Herz“ der Landespolitik handelt. Optional könnte der Kommentar M2 den SuS die Problematisierung zusätzlich erleichtern. In diesem Kommentar beklagt Heribert Prantl den mangelnden politischen Einfluss von Landtagen und stellt somit ihre Wichtigkeit in Frage. 🗣️

Phase	L-Aktion	Sozialform/Methode/ Medien	erwartete SuS-Beiträge	Zeit
Einstieg	L präsentiert Auszug aus Landesverfassung.	UG/Art. 16, Abs. 1 Verf SH	▷ Landtag mit wichtigen Aufgaben (Beispiele aus Textauszug)	5'
Problematisierung	L fordert SuS auf, sich auf einer Positionslinie einzufinden und ihre Positionierung zu begründen.	UG/Positionslinie 1	▷ Mitte: Unkenntnis, Abhängigkeit von Politikfeld ▷ nein/Milz: Dominanz des Bundes, wenig Präsenz in Lebenswelt ▷ ja/Herz: Bsp. Bildungspolitik, Subsidiarität, Kontrolle	10'
Erarbeitung I	L fordert SuS auf, die Aufgaben 1 und 2 zu bearbeiten.	Think-Pair/M1–M5	SuS bearbeiten die Aufgaben 1 und 2	20'
Sicherung I	L sichert Ergebnisse der SuS.	Share bzw. UG/ Tafel bzw. Smartboard	▷ Diskussion öffentlicher Angelegenheiten ▷ Mitwirkung an der politischen Willensbildung ▷ Kontrolle der Regierung/ausübenden Gewalt (z. B. durch Anfragen und Berichtsanhträge) ▷ Besetzung von Themen durch die Regierung (Erfolge herausstellen) und die Opposition (Kritik an Versäumnissen äußern) ▷ Vollziehen der gesetzgebenden Gewalt	10'
Erarbeitung II	L: Fokussierung auf Kontrollfunktion des Landtages und Aufforderung zur Bearbeitung der Aufgaben 3, 4 und 5 an die SuS.	PA/M3, 4, 6	Die SuS bearbeiten die Aufgaben 3, 4, 5. Ggf. recherchieren sie dabei Informationen zur Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Friesenhof“.	20'
Sicherung II	L sichert Ergebnisse der SuS.	UG/Tafel bzw. Smartboard	▷ Kontrollfunktion ▷ Berichtsanhträge und Anfragen, Themen besetzen und Versäumnisse der Regierung betonen (Opposition) ▷ eigene Arbeit positiv hervorheben (regierungstragende Parteien) ▷ öffentliche Diskussion (beide)	10'
Vertiefung	L bittet SuS, sich erneut zu positionieren und die (Neu-)Positionierung zu begründen.	Positionslinie 2	SuS positionieren sich erneut und begründen ihren Standpunkt, ggf. dabei auch die Veränderung.	15'

Zu der formulierten Leitfrage sollen die SuS anschließend auf einer Positionslinie Stellung beziehen. Dabei verorten sie sich zwischen den Extremen „ja“ oder „nein“ zu der Frage „Der Landtag – das Herz der Landespolitik?“. Alternativ wäre es möglich, dass die SuS sich zu der Frage „Der Landtag – Herz oder Milz der Landespolitik/Demokratie in Schleswig-Holstein?“ zwischen den Extremen „Herz“ und „Milz“ positionieren. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die SuS ihre Positionierung begründen. Dabei ist es sowohl legitim, sich in der Mitte zu positionieren, als auch, dies mit mangelnder Sachkenntnis zu begründen, da sich dadurch die Möglichkeit ergibt, Fragen zu formulieren, auf die es im Laufe des Moduls Antworten zu erarbeiten gilt.

Die Positionen der SuS auf der Positionslinie könnte man auch mit Hilfe von Klebepunkten oder Kreidemarkierungen an der Tafel festhalten, um die Ergebnisse mit denen der zweiten Positionslinie (s. u.) am Ende der Stunde vergleichen zu können.

In dieser Phase ließe sich ein Rückbezug zu Modul 1 herstellen, in dessen Rahmen die SuS verschiedene Aufgaben in die Kompetenzbereiche der Länder und des Bundes einordnen müssen, was ihnen eine erste Positionierung zur Leitfrage erleichtern sollte.

Im Anschluss präsentiert die Lehrkraft verschiedene Bilder, die die SuS hinsichtlich der Aufgaben des Schleswig-Holsteinischen Landtags analysieren sollen. Hierbei bietet es sich an, dass die SuS die Bilder zunächst jeweils beschreiben und im Anschluss erklären, welche Aufgaben des Landtages jeweils dargestellt werden.

Aufgabe 1 ließe sich aber auch in eine längere Erarbeitungsphase integrieren, in der die SuS in Einzel- oder Partnerarbeit die Aufgaben 1 bis 4 bearbeiten. Für die Behandlung des Moduls in zwei Einzelstunden bietet es sich an, in der ersten Stunde zunächst die Aufgaben 2 und 3 bearbeiten zu lassen und die Ergebnisse noch in der ersten Stunde zu sichern. Im zweiten Teil der Stunde könnten dann die Erarbeitung der Aufgaben 3 und 4 sowie die Sicherung der entsprechenden Ergebnisse erfolgen. Je nach Klassenstufe und Leistungsstärke der Lerngruppe sowie den organisatorischen Rahmenbedingungen bieten sich der Lehrkraft in dieser Phase Variationsmöglichkeiten. Die Sicherung der Ergebnisse sollte stichpunktartig in einem Tafelbild erfolgen (vgl. Lösungshinweise).

Im Anschluss an die Sicherung sollen die SuS diskutieren, inwiefern der Schleswig-Holsteinische Landtag eine wirksame Kontrolle der Regierung ausüben kann. Dabei können und sollen sich die SuS auf die Visualisierung der Ergebnisse der Sicherung (Tafelbild) beziehen und so die Kriterien und Argumente für ihre Beurteilung der Frage offenlegen.

Als vertiefender Impuls erfolgt der Rückbezug auf die Leitfrage, der den SuS vor dem Hintergrund ihres aktuellen Kenntnisstandes persönliche Stellungnahmen zu der Frage abfordert, ob es sich beim Landtag um das Herz der Landespolitik handelt. Idealerweise sollten sich die SuS dafür ein zweites Mal zu der Leitfrage der Stunde auf einer

Positionslinie einfinden. Dabei sollen die SuS erneut ihre Position begründen und ggf. erläutern, warum sie diese (nicht) verändert haben.

Hier könnte gegebenenfalls ein Ausblick auf das Modul 4 zur Landesregierung geleistet werden.

Mögliche Vertiefungsaufgaben

- ▷ Untersuchen Sie die aktuelle Tagesordnung des SH-Landtages (oder eines seiner Ausschüsse) und diskutieren Sie die Vorhaben und Themen, die den Landtag beschäftigen.
- ▷ Nehmen Sie Stellung zu folgender Behauptung: „Das Parlament ist fast immer leer und die Abgeordneten reden immer nur, arbeiten aber nicht.“
- ▷ Schauen Sie sich auf www.landtag.ltsh.de (oder <https://www.landtag.ltsh.de/ausschuesse/staendige-ausschuesse/>) die Liste der Ausschüsse an. Suchen Sie sich einen Ausschuss aus und stellen Sie ihn der Klasse vor.



Foto: Schleswig-Holsteinischer Landtag

- ▷ Recherchieren Sie aktuelle Untersuchungsausschüsse. Stellen Sie deren Themen und Aufgaben der Klasse vor.
- ▷ Der Petitionsausschuss berät die Bitten oder Beschwerden, die jede und jeder an den Schleswig-Holsteinischen Landtag richten kann; das geht auch über das Internet. Recherchieren Sie unter <https://www.landtag.ltsh.de/oepetition/petitionsliste>, zu welchen Themen Petitionen eingereicht wurden, und stellen Sie der Klasse eine Petition vor, die Sie unterstützen würden bzw. unterstützt hätten.
- ▷ Stellen Sie – ggf. am Beispiel eines kürzlich gelaufenen Gesetzgebungsvorhabens ihrer Wahl – unter Bezugnahme auf M5 den parlamentarischen Ablauf vom Antrag bis zur Gesetzesverkündung dar (Wer ist antragsberechtigt? Wie arbeitet der Landtag mit dem Antrag? Lesungen? Ausschussarbeit? Anhörungen?)
- ▷ Laden Sie Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Ihre Schule ein!

Literatur/Quellen/Links

Sie wollten schon immer wissen, wie der Landtag arbeitet und wer warum was macht? Dann können Ihnen im Landtag verschiedene Programmangebote für Gruppen und Einzelpersonen gemacht werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/service/gruppen/>

Der 19. Schleswig-Holsteinische Landtag:

<http://www.landtag.ltsh.de/parlament/der-19-lt/>

Die Ausschüsse der 19. Wahlperiode (2017–2022):

<http://www.landtag.ltsh.de/ausschuesse/staendige-ausschuesse/>

ParlaTV überträgt die Plenarsitzungen des Schleswig-Holsteinischen Landtages:

<http://www.landtag.ltsh.de/service/webcam/>

Einmal im Jahr tauschen Jugendliche aus dem ganzen Land mit den Abgeordneten des Landtages in Kiel die Plätze:

<http://www.landtag.ltsh.de/service/jugend-im-landtag/>

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte

Hintergrund I

Die Stellung des Oppositionsführers/der Oppositionsführerin ist in der Landesverfassung ausdrücklich abgesichert. Nicht zuletzt die Vorgänge um die „Barschel-Pfeiffer-Affäre“ haben den Verfassungsgeber dazu bewogen, Rechtsstellung und Funktion der Opposition in der Verfassung ausdrücklich festzuschreiben und ihr einen institutionellen Rahmen zu geben. Nennenswerte Zusatzrechte sind für die Opposition damit nicht verbunden. Im politischen Prozess ist sie als verfassungsmäßig verankertes Gegengewicht zur Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen gleichwohl besonders geschützt.

Hintergrund II

Am 7. Mai 2017 wurden 73 Abgeordnete verschiedener Parteien in den Landtag gewählt (Verweis auf Grafik „Sitzverteilung des aktuellen LT“). Keine Partei verfügte über genügend Stimmen, um alleine regieren zu können. Etwa sieben Wochen nach der Wahl wurde Daniel Günther an der Spitze einer Koalition von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Ministerpräsidenten gewählt.

Hintergrund III

Die Landtagsverwaltung hat ca. 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist eine oberste Landesbehörde. Sie ist wegen ihrer Aufgabenstellung als unabhängige Verwaltung des Parlaments organisatorisch von der Landesregierung getrennt. Unter Leitung von Landtagspräsident und Landtagsdirektor stellt die Behörde die politische Steuerungsfunktion des Parlaments sicher. Nach der Geschäftsordnung des Landtags (LTGO SH) unterstützt sie in diesem Rahmen vor allem den Präsidenten des Landtags bei seiner Aufgabenwahrnehmung (§ 5 LTGO SH). Neben der Landtagsverwaltung sind beim Landtagspräsidenten vier unabhängige Beauftragte angesiedelt, die den Landtag und die Landesregierung zu bestimmten Themen beraten und dem Parlament regelmäßig über ihre Tätigkeit berichten: Der Landesbeauftragte für politische Bildung, der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten (zugleich Beauftragte für die Landespolizei) sowie der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen.

Hintergrund IV

Die Landtagsfraktionen sind Zusammenschlüsse von mindestens vier Abgeordneten derselben Partei; sie werden von einem/einer Fraktionsvorsitzenden geführt. In den vergangenen Legislaturperioden waren die CDU, die SPD, die FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Fraktionsstärke im Landtag vertreten, während einer Legislaturperiode auch die Partei „Die Linke“ und die Piratenpartei. Seit 2017 ist die Fraktion der „Alternative für Deutschland“ im Landtag. Eine Sonderstellung nimmt der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) ein, der infolge des Bonn-Kopenhagener Abkommens von 1955, das die Minderheitenrechte der dänischen Bevölkerung in Schleswig-Holstein sowie der deutschen Bevölkerung in Nordschleswig (Jütland) regelt, nicht der Fünf-Prozent-Klausel unterliegt. Auf diese – inzwischen vom Landesverfassungsgericht in Schleswig explizit für rechtens befundene – Regelung hat der Landtag seine Geschäftsordnung dahingehend geändert, dass Abgeordneten des SSW unabhängig von ihrer Anzahl im Parlament stets der Fraktionsstatus zusteht. Üblicherweise wird die Parlamentsarbeit durch den Gegensatz von Regierungsfractionen und Opposition geprägt. Die Regierungsfractionen bemühen sich um ein einheitliches Abstimmungsverhalten, um die Stabilität der Regierung zu demonstrieren. Die Opposition versucht hingegen, die Politik der Regierung zu kritisieren und Alternativen aufzuzeigen.

Lösungshinweise

Aufgaben 1 und 2:

- ▷ Diskussion öffentlicher Angelegenheiten
- ▷ Mitwirkung an der politischen Willensbildung
- ▷ Kontrolle der Regierung/ausübenden Gewalt (z. B. durch Anfragen und Berichtsanträge)
- ▷ Besetzung von Themen durch die Regierung (Erfolge herausstellen) und die Opposition (Kritik an Versäumnissen äußern)
- ▷ Ausübung der gesetzgebenden Gewalt



Foto: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Holger Stöhrmann

Aufgabe 3:

Abgeordnete haben die Möglichkeit, durch Anfragen und Berichtsanträge die Landesregierung zu einer Stellungnahme aufzufordern. Die Regierung muss dann vor dem Landtag und damit vor der Öffentlichkeit „Farbe bekennen“ und sich der Kritik der Abgeordneten stellen. Dies gehört zu der in der Verfassung erwähnten Kontrollfunktion des Parlamentes.

Ebenso können Abgeordnete oder Fraktionen Themen „besetzen“, d. h. in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Die regierungstragenden Parteien nutzen die Plenarsitzungen, um die Erfolge ihrer Politik herauszustellen. Die Opposition hingegen kann auf diese Weise auf Bereiche aufmerksam machen, in denen sie Versäumnisse der Regierung bemerkt, und sich in dieser Weise selbst als bessere Alternative präsentieren.

Schließlich reagiert das Parlament auch auf aktuelle Entwicklungen und arbeitet durch eine öffentliche Diskussion die unterschiedlichen Standpunkte zu einem bestimmten Thema heraus.

Aufgabe 4:

Die SuS führen an dieser Stelle eine kontroverse Diskussion zur Bewertung der Arbeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Friesenhof“. Detaillierte Informationen sind unter anderem folgender Seite zu entnehmen:
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/5200/drucksache-18-5272.pdf>

Aufgabe 5:

Hier sind individuelle Beiträge der SuS zu erwarten, bei denen sie sich auf die Ergebnisse der Aufgaben 1–4 beziehen sollen, um so die Kriterien und Argumente für ihre persönliche Positionierung offen zu legen. Eine Kontrollfunktion kann das Parlament durch folgende Maßnahmen ausüben: Große Anfrage, Kleine Anfrage, aktuelle Stunde, Fragestunde, Untersuchungsausschuss.

SO WIRD GEWÄHLT: VOM GANG ZUR WAHLURNE BIS ZUM GEWÄHLTEN LANDTAG

Der Landtag wird „nach dem System der personalisierten Verhältniswahl“ gewählt.⁴ Doch was bedeutet dies konkret?

Begriffe

Direktmandate

Erststimme

personalisiertes
Verhältniswahlrecht

Wahlkreise

Wahlrecht

Wahlrechtsgrundsätze

Überhangmandate

Zweitstimme


Wie kam es zu dem aktuellen Wahlsystem? Nach welchen Grundsätzen wird der Landtag gewählt, warum gibt es zwei Stimmen und was sind Überhangmandate? Auch nach vielen Jahren Wahlgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und des Landes Schleswig-Holstein werden Feinheiten des Wahlsystems immer wieder diskutiert und angepasst.

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Einstieg in die Stunde erfolgt mit Hilfe eines Musterstimmzettels zur Landtagswahl 2017 (M1). Anhand von M1 können die SuS unabhängig von ihrem Vorwissen zahlreiche Merkmale des Wahlrechts zum Schleswig-Holsteinischen Landtag benennen. Die Vielzahl der zu benennenden Aspekte, insbesondere aber die Unterscheidung zwischen Erststimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten und Zweitstimme für eine Partei werden die SuS bei ihrem Vorausrteil vielleicht dazu verleiten, das Wahlrecht als sehr komplex oder gar kompliziert zu bezeichnen. Auf der anderen Seite werden sie vermutlich äußern, dass die Erststimme für Bürgernähe und eine gesteigerte Repräsentation des Wählerwillens Sorge. Sollte den SuS dies nicht gelingen, sollte die Lehrkraft die SuS bitten, Vor- und Nachteile des Wahlrechts zu benennen, um ein Spannungsfeld für die Problematisierung herausarbeiten lassen zu können.

Im Gelenk verweist die Lehrkraft darauf, dass anhand des Stimmzettels nur ein Ausschnitt des Wahlrechts zum Schleswig-Holsteinischen Landtag erschlossen werden kann und die SuS es sich nun (mit Hilfe verschiedener Materialien) tiefgreifender erarbeiten sollen. Anschließend teilt sie die Materialien M2–M4 aus und entlässt die SuS in die Erarbeitungsphase. ➡

⁴ Vgl. § 1 Abs. 2 Wahlgesetz für den Landtag von Schleswig-Holstein (LWahlG).

Phase	L-Aktion	Sozialform/Methode/ Medien	erwartete SuS-Beiträge	Zeit
Einstieg	L präsentiert Musterstimmzettel. M1 und stellt folgende Aufgaben: ▷ Beschreiben Sie das Material. ▷ Erläutern Sie Elemente des Wahlrechts zum Schleswig-Holsteinischen Landtag. ▷ Bewerten Sie das Wahlrecht zum Schleswig-Holsteinischen Landtag vor dem Hintergrund Ihres aktuellen Kenntnisstandes [Vorausurteil].	Unterrichtsgespräch (UG) PC/Beamer oder OHP/M1	Beschreibung/Darstellung: ▷ Wahl zum Schleswig-Holsteinischen Landtag, 7. Mai 2017 ▷ zwei Stimmen (Erststimme für eine/-n Wahlkreisabgeordnete/-n und Zweitstimme für eine Partei ▷ Wahlkreise, hier: Flensburg ▷ Kandidat/-in kann auch parteilos sein Vorausurteil: ▷ komplex bzw. kompliziert (Wie wird das ausgezählt?) ▷ gut, Kandidat/-in vor Ort wählen zu können ▷ Wille der Wähler/-innen wird berücksichtigt, Wahl eines Abgeordneten/einer Abgeordneten vor Ort und einer Partei	15'
Problematik- sierung	L fordert SuS auf, Spannungsfelder zu benennen (ggf. zentrale Vor- und Nachteile benennen lassen).	Unterrichtsgespräch (UG) PC/Beamer oder OHP/M1	Höchstmaß an Repräsentation des Wählerwillens auf der einen Seite, Kompliziertheit auf der anderen	5'
Erarbeitung	L weist auf Komplexität des Gegenstandes hin und motiviert die SuS, sich vertiefend mit der aufgeworfenen Problematik auseinanderzusetzen, und teilt Material aus.	M2–M4 ggf. Folie, Folienstift	SuS bearbeiten die Aufgaben 1–4  alternativ zunächst 1–3 und 4 später im UG	35'
Auswertung/ Sicherung	L erstellt mit Hilfe der SuS-Beiträge ein Tafelbild.	PC/Beamer oder Tafel (ggf. OHP, Folie)	mögliches Tafelbild	20'
Vertiefung	L fordert SuS auf, zum demokratischen Charakter des Landtagswahlrechts Stellung zu nehmen.	ggf. Ergebnisse der Sicherung	▷ Personalisierte Verhältniswahl ermöglicht Wähler/-innen hohes Maß an Partizipation (zwei Stimmen) ▷ Transparenz eingeschränkt, viele Bürger/-innen verstehen das Wahlrecht nicht oder nur in Teilen ▷ (Trotzdem) hohe Akzeptanz des Wahlrechts in der Bevölkerung ▷ Kritik am nur eingeschränkten Grundsatz der gleichen Wahl (Fünf-Prozent-Hürde)	15'

Nach Abschluss der Erarbeitung erfolgt die Sicherung der Ergebnisse im Unterrichtsgespräch. Alternativ könnte dieser Phase auch eine Pro-Contra-Diskussion vorgeschaltet werden, in der der demokratische Charakter des Wahlrechts zum Schleswig-Holsteinischen Landtag diskutiert wird. Parallel könnte die Sicherung erfolgen (Mitschrift der Lehrkraft oder Protokollierung an der Tafel oder auf Folien durch SuS). Die Lösungshinweise zeigen einen Vorschlag für ein mögliches Tafelbild. Die Ergebnisse könnte man auch mit Hilfe der in Modul 2 verwendeten Sitzordnung prüfen. Die erneute Visualisierung der Sitzordnung im Parlament würde hier den Zusammenhang der Module als Unterrichtseinheit verdeutlichen.

In der abschließenden Vertiefung sollen die SuS dann differenziert und reflektiert zum demokratischen Charakter des Wahlrechts Stellung nehmen. Spätestens jetzt werden die gesammelten Kriterien (siehe Lösungshinweise Aufgabe 2) kategorial geordnet (z. B. Repräsentation, Effektivität, Transparenz), die SuS nehmen anschließend eine persönliche Gewichtung vor.



Foto: Schleswig-Holsteinischer Landtag, Holger Stöhrmann

Hintergrund

Ergebnisse der schleswig-holsteinischen Landtagswahlen vom 27. September 2009

Zweitstimmenergebnisse in %:

CDU: 31,5

SPD: 25,4

FDP: 14,9

Grüne: 12,4

Linke: 6,0

SSW: 4,3

(Andere Parteien scheiterten an der Fünf-Prozent-Klausel)

Mandatsverteilung:

CDU: 34

SPD: 25

FDP: 14

Grüne: 12

Linke: 6

SSW: 4

Mögliche Vertiefungsaufgaben

- ▷ Bewerten Sie Landtagswahlrecht und Bundestagswahlrecht hinsichtlich des Wahlalters.
- ▷ Bewerten Sie die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre.
- ▷ Diskutieren Sie die Fünf-Prozent-Hürde.
- ▷ Diskutieren Sie die Sonderrolle des SSW.
- ▷ Erläutern Sie, was man unter „taktischem Wahlverhalten“ verstehen könnte und nehmen Sie persönlich dazu Stellung.
- ▷ Informieren Sie sich über die Ergebnisse der Landtagswahl 2009 sowie über Überhang- und Ausgleichsmandate. Erläutern Sie, wie und warum diese zustande kommen.
- ▷ Ermitteln Sie, welche Mandatsverteilung im Schleswig-Holsteinischen Landtag mathematisch ermittelt worden wäre, wenn man vollständig auf Überhangmandate verzichtet hätte (und damit auch auf Ausgleichsmandate), sowie bei gleicher Anzahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten!

Literatur/Quellen/Links

Das Landeswahlgesetz Schleswig-Holstein:

<http://www.gesetze-rechtsprechung.sh.juris.de/jportal/?quelle=jlink&query=WahlG+SH&psml=bsshoprod.psml&max=true>

Rechtliche Grundlagen für die Landtagswahl:

https://www.schleswig-holstein.de/DE/Schwerpunkte/Wahlen/Wahlen/Landtagswahl/documents/Lw_rechtsgrundlagen.html

Erklärvideo zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein 2017:

https://www.youtube.com/watch?v=_7h7IxCwXXE

Lösungshinweise

Aufgabe 1:

Allgemein	eingeschränkt: dt. Staatsbürger/-innen ab 18 Jahren
Frei	ja
Unmittelbar	ja
Gleich	eingeschränkt: Stimmen der Wähler der Parteien, die an der Sperrklausel scheitern, entfallen
Geheim	ja

- ▷ Muss „gleich“ auch „gerecht“ sein?
- ▷ Ist das Landtagswahlrecht überhaupt ein „gleiches“ Wahlrecht?
- ▷ Was ist ein gerechtes, was ein „demokratisches“ Wahlrecht? (erste Kriterien)

Aufgabe 2:

Erststimme (Wahlkreise)	Zweitstimme (Listen)
Mehrheitswahl, Direktmandate	Verhältniswahl, Listenplätze Bestimmt die Sitze insgesamt
Eventuell „Überhang- und Ausgleichsmandate“	

Aufgabe 3:

a) Aufgrund der 25 gewonnenen Wahlkreise hat die CDU bei der Landtagswahl 2017 ein Überhangmandat erhalten. Dieses wurde durch zwei Ausgleichsmandate für die FDP und die SPD ausgeglichen. Um eine ungerade Zahl an Sitzen im Parlament herzustellen, erhielt zudem die AfD ein weiteres Mandat, so dass letztlich 73 Abgeordnete im Parlament sitzen.

b) Bei 69 Sitzen ergäbe sich folgende Verteilung: 24, 21, 9, 8, 4, 3.

c) Bei den Wahlen zum Landtag Schleswig-Holstein im Mai 2017 gewann in 25 der 35 Wahlkreise der Kandidat oder die Kandidatin der CDU. In den übrigen 10 Wahlkreisen gewann jeweils der Kandidat oder die Kandidatin der SPD. Demnach säßen im Parlament 25 Abgeordnete der CDU und 10 Abgeordnete der SPD. Es wären keine Vertreter/-innen weiterer Parteien im Parlament vertreten.

Aufgabe 4:

Transparenz für die Bürger und Bürgerinnen?	▷ gering, viele kennen den Unterschied nicht genau
Partizipation vieler Bürger und Bürgerinnen?	▷ ja, viele Möglichkeiten der Ausdifferenzierung! (16 evtl. besser als 18?)
Repräsentation des Wählerwillens?	▷ teilweise, wäre nur mit reiner Verhältniswahl deutlicher

DIE LANDESREGIERUNG UND DER MINISTERPRÄSIDENT/DIE MINISTERPRÄSIDENTIN

Im Wahlkampf konkurrieren die Parteien darum, die nächste Landesregierung stellen zu können.

Begriffe

Regierung

Ministerpräsident/-in

Richtlinienkompetenz

Opposition

Landesverwaltung

Dafür benötigen sie eine Mehrheit im Landtag, die häufig nur durch eine Koalition von mehreren Parteien zu erlangen ist. Voraussetzung für die Regierungsbildung ist, dass sich die Koalitionsparteien über gemeinsame Ziele verständigen können, die sie vielfach in einem Vertrag festlegen. Die Landesregierung setzt sich aus der Ministerpräsidentin oder dem Ministerpräsidenten und den Landesminister(inne)n zusammen. Ihr gegenüber steht die Opposition – das sind alle Mitglieder des Landtages, die der Regierungsmehrheit nicht angehören. Die Opposition hat die wichtige Aufgabe, die Politik der Landesregierung zu kontrollieren, zu kritisieren und alternative Vorschläge zu unterbreiten.

Didaktisch-methodische Hinweise

In der Unterrichtseinheit geht es darum, dass die SuS die Stellung der Landesregierung im politischen System einordnen können. Dabei lernen sie, verschiedene Ebenen der Betrachtung zu unterscheiden. Während die Landesverfassung davon spricht, dass es sich bei der Landesregierung „im Bereich der vollziehenden Gewalt“ um ein „oberstes Leitungs-, Entscheidungs- und Vollzugsorgan“ handelt, wird die herausgehobene Stellung in einer politikwissenschaftlichen Betrachtung stärker kontextualisiert. Wie stark die Regierung und insbesondere der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin den politischen Prozess dominieren und steuern können, hängt einerseits von den Mehrheitsverhältnissen im Landtag ab. Die Regierung ist auf die Mehrheit im Landtag angewiesen. Andererseits werden die zentralen Linien der Regierungspolitik von den Parteien, die die Regierungsmehrheit stellen, bestimmt.

Im Einstieg zu diesem Modul werden den SuS Artikel aus der Verfassung Schleswig-Holsteins präsentiert. Nach kurzer Lesezeit sollen die SuS unmittelbar zu den Artikeln Stellung nehmen. Zu erwarten ist, dass sich die SuS vor allem zu Kompetenzen und zur Machtposition des Ministerpräsidenten, auch im Verhältnis zur Landesregierung, äußern werden. Sie werden vermutlich die Aussage formulieren, dass es sich beim Ministerpräsidenten um die mächtigste Person innerhalb des politischen Systems handelt. Bei vorheriger Behandlung des Moduls 2 und/oder entsprechenden Vorkenntnissen ist es dagegen wahrscheinlich, dass die SuS diese Aussage in Frage stellen, indem sie die Rolle des Landtags und dessen Bedeutung thematisieren. Diese Gegenüberstellung durch die SuS ließe sich ggf. auch durch einen verbalen Impuls bzw. durch die Präsentation der Artikel als stummem Impuls provozieren. ➡

Phase	L-Aktion	Sozialform/Methode/ Medien	erwartete SuS-Beiträge	Zeit
Einstieg	L präsentiert Artikel aus der Verfassung Schleswig-Holsteins (ggf. als stummen Impuls).	UG (ggf. stummer Impuls)	<ul style="list-style-type: none"> ▷ Ministerpräsident sehr mächtig ▷ Regierung als oberstes Organ ▷ Wahlkreise, hier: Flensburg ▷ ggf. Rückbezug zu Modul 2: Landtag/Parlament bedeutsam, Kontrolle wichtig 	15'
Problematisierung	L bittet SuS um Formulierung eines Stundenthemas.	UG/ggf. Positionslinie (vgl. Modul 2)	herausragende Bedeutung des Ministerpräsidenten als Teil der Regierung: Regierung und Ministerpräsident als Zentrum der Macht?	
Erarbeitung I	L bittet um Bearbeitung der Aufgaben 1–3.	M1–M3	Bearbeitung der Aufgaben 1–3	20'
Sicherung I	L sichert SuS-Beiträge.	M1–M3	vgl. Lösungshinweise	10'
Erarbeitung II	L bittet um Bearbeitung der Aufgaben 4 u. 5.	M4, M5, ggf. Landesverfassung und Geschäftsordnung des Landtages	vgl. Modul 2	25'
Sicherung II	L sichert SuS-Beiträge.	s. o.	vgl. Lösungshinweise	10'
Einstieg	L visualisiert M7 und bittet um dessen Beschreibung und Interpretation.	UG/M7 (Organigramm)	SuS beschreiben, interpretieren und bewerten das Organigramm.	5'
Erarbeitung	L fordert SuS auf, Aufgabe 6 zu bearbeiten.	EA, ggf. PA/M6, M7	Bearbeitung der Aufgabe 6	20'
Sicherung	L sichert die Ergebnisse der SuS.	M6–M7	s. Lösungshinweise	10'
Vertiefung	L moderiert das UG.	UG	SuS diskutieren die Notwendigkeit von Aufsicht.	10'

In der folgenden Erarbeitungsphase vertiefen die SuS durch Bearbeitung der Aufgaben 1–3 ihre Auseinandersetzung mit der Stellung der Landesregierung und des Ministerpräsidenten / der Ministerpräsidentin im politischen System Schleswig-Holsteins.

Nach einer Sicherungsphase zu den Aufgaben 1–3 erfolgt eine weitere Erarbeitungsphase, in der sich die SuS mit den Handlungsmöglichkeiten der Opposition zur Beeinflussung der Regierung(-sarbeit) auseinandersetzen. Die Ergebnisse der SuS werden im Anschluss gesichert.

In der Vertiefung sollen die SuS die Chancen der Opposition, das Regierungshandeln in ihrem Sinne zu beeinflussen, beurteilen. Hier sollte die Lehrkraft Impulse bereithalten, die den SuS verdeutlichen, dass es nicht allein um das Benennen und Erläutern von Kontrollinstrumenten geht.

Die Auseinandersetzung mit der Landesverwaltung ist Gegenstand einer vertiefenden Einzelstunde. Hierfür liegt mit dem Organigramm der Landespolizei Schleswig-Holstein ein geeignetes Einstiegsmaterial vor. In der anschließenden Erarbeitungsphase ist Arbeitsauftrag 6 zu bearbeiten, um dann die Ergebnisse zu diesem sichern und eine vertiefende Diskussion um die Sinnhaftigkeit der Aufsicht über die Exekutive im Speziellen bzw. Gewaltenteilung im Allgemeinen führen zu können.



Foto: Landesbeauftragter für politische Bildung Schleswig-Holstein

Mögliche Vertiefungsaufgaben

- ▷ Analysieren Sie den Koalitionsvertrag der aktuellen Landesregierung und arbeiten Sie die aus Ihrer Sicht wichtigsten Vorhaben heraus. (Hier sollte die Lehrkraft eine Vorauswahl hinsichtlich für den Unterricht besonders geeigneter Inhalte treffen.)
- ▷ Diskutieren Sie anhand eines aktuellen Gesetzgebungsvorhabens die unterschiedlichen Rollen von Regierungsmehrheit und Opposition.
- ▷ Erklären Sie, warum die Landesverfassung so großen Wert darauf legt, dass der Ministerpräsident bzw. die Ministerpräsidentin eine Mehrheit des Landtages auf sich vereinigen kann.
- ▷ Der ehemalige Bundesvorsitzende der SPD, Franz Müntefering, hat 2004 gesagt: „Opposition ist Mist.“ Geben Sie ihm Recht? Erörtern Sie die Aussage.
- ▷ Diskutieren Sie, ob eine knappe oder eine große Regierungsmehrheit von Vorteil ist.
- ▷ Welche Motive sind für Parteien bei der Frage entscheidend, ob sie sich an einer Regierung beteiligen? Erläutern Sie.

Literatur/Quellen/Links

Landesregierung: ALINE SCHNIEWIND: Regierungen, in: Markus Freitag/Adrian Vatter (Hrsg.): *Die Demokratien der deutschen Bundesländer*. Opladen 2008, S. 111.

Landesverwaltung: http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/POLIZEI/DasSindWir/dasSindWir_node.html

Regierungserklärung von Ministerpräsident Günther am 29.6.2017:
http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/1/Ministerpraesident/Reden/regierungserklaerungen/pdf/170629_regErkl_mp_MutZurVerantwortung.pdf

Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten/der Ministerpräsidentin:
SVEN LEUNIG: *Regierungssysteme der Länder*, 2. Aufl. Wiesbaden 2012, S. 162.

Lösungshinweise

Aufgabe 1:

Mithilfe von M1 und M2 können die SuS einen Katalog der Aufgaben der Landesregierung erstellen. Dabei können sie die Kenntnisse einbeziehen, die sie durch Modul 2 (Landtag) erworben haben. Die SuS sollen herausarbeiten, dass die Landesregierung

- a) die Beschlüsse des Landtages umsetzt,
- b) der wichtigste Akteur bei der Vorbereitung der Landtagsbeschlüsse ist und
- c) an der Spitze der Landesverwaltung steht. Die SuS können daher einschätzen, dass eine Steuerung der Landespolitik für die Parteien nur möglich ist, wenn sie die Landesregierung stellen.

Aufgabe 2:

Auf der Grundlage von M1 können die SuS das Verfahren zur Wahl der Landesregierung wiedergeben. Sie lernen, dass zunächst der Ministerpräsident oder die Ministerpräsidentin gewählt wird und dass anschließend die gewählte Person die weiteren Mitglieder der Landesregierung beruft. Daraus ergibt sich eine herausgehobene Stellung des Ministerpräsidenten oder der Ministerpräsidentin. Zugleich können die SuS Vermutungen dazu anstellen, dass der Wahl im Landtag Verhandlungen zwischen den Parteien vorangegangen sein müssen.

Aufgabe 3:

Die SuS beziehen M1 und M3 in ihre Überlegungen ein. Sie sollen die verfassungsrechtliche „Richtlinienkompetenz“ von den tatsächlichen Einschränkungen dieser Kompetenz, insbesondere im Rahmen einer Koalitionsregierung, abgrenzen. Die SuS sollen das Paradoxon beschreiben und beurteilen, dass einem Ministerpräsident oder einer Ministerpräsidentin, der oder die sich zur Durchsetzung eines politischen Ziels auf die Richtlinienkompetenz beruft, eigentlich schon die Voraussetzungen dafür fehlen, sich auf die Richtlinienkompetenz zu berufen.

Aufgabe 4:

Welche Instrumente der Opposition zur Verfügung stehen, lässt sich nicht allein mit M4 beantworten. Der Text bietet lediglich eine Beschreibung der Aufgaben der Opposition, nennt aber keine Einzelheiten. Die SuS sollten daher zusätzlich die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages heranziehen, um sich über die Möglichkeiten der Opposition zu informieren. Dabei können sie recherchieren, welche Instrumente es neben der Gesetzgebung und der allgemeinen Debatte gibt (Große Anfrage, Kleine Anfrage, Untersuchungsausschuss, aktuelle Stunde, Fragestunde, Informationspflicht).

Aufgabe 5:

Schleswig-Holstein ist eine parlamentarische Demokratie. Dieses System basiert darauf, dass die Regierung ihre Mehrheit im Landtag stets unter Beweis stellt. Zwar kann es gelingen, die öffentliche Debatte im eigenen Sinne zu beeinflussen. Die Möglichkeiten der Opposition, den Regierungskurs zu beeinflussen, sind aber begrenzt. Die SuS begründen, warum und in welchem Umfang es der Opposition gelingen kann, den Kurs der Regierung zu beeinflussen. Dabei bezieht sie ein: öffentliche Meinung, Medien, Parteien und ihre Mitglieder, die Rolle von Skandalen.

Aufgabe 6:

Die SuS sollen an dieser Stelle neues Wissen mit zuvor Gelerntem vernetzen.

- ▶ Aufsicht als Instrument zur Überwachung fremden Verhaltens (vgl. Elternaufsicht)
- ▶ Staatliche Aufsicht ist zum einen über die eigenen Landesbehörden notwendig, zum anderen über die Gemeinden, Kreise und sonstigen Rechtsträger, die Verwaltungsaufgaben eigenverantwortlich wahrnehmen. Andernfalls wäre der einheitliche und rechtmäßige Verwaltungsvollzug in Gefahr, zumal nicht alle Verwaltungsentscheidungen vom Bürger angefochten werden können.
- ▶ Die Aufsicht über die Exekutive selbst übt das Parlament aus (vgl. Modul 2).

DAS LANDESVERFASSUNGSGERICHT – HÜTER DER VERFASSUNG ODER POLITISCHER EINFLUSSFAKTOR?

In einem demokratischen Staat ist das Gerichtswesen, die Judikative, eine eigenständige und unabhängige Gewalt.

Begriffe

Judikative

Landesverfassungsgericht

(Wahl der) Landesverfassungsrichter/-innen

Fachgerichte

Richter/-in

Gewaltenteilung

In Schleswig-Holstein ist das Landesverfassungsgericht (LVerfG) mit Sitz in Schleswig das höchste Gericht. Als „Hüter der Verfassung“ – vor allem als Garant von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat – muss das LVerfG, will es seine Rolle ernst nehmen, unweigerlich in Konflikt mit der Politik geraten. Ist es nicht seine Aufgabe, der Politik ihre Grenzen aufzuzeigen und dabei – zwangsläufig – selber Politik zu machen? Oder sind alle Fragen mit Verfassungsrelevanz rein juristische Aufgabenstellungen, die in der Verfassung bereits geregelt sind und vom LVerfG nur sichtbar gemacht werden?

Im vorliegenden Modul sollen die SuS erkennen, dass die Deutung der Fundamentalprinzipien unserer Gesellschaft (Menschen- und Grundrechte, Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat) über eine reine Rechtsanwendung hinausgehen könnte.

Didaktisch-methodische Hinweise

Der Einstieg in die Stunde erfolgt über ein Urteil des Landesverfassungsgerichts SH zur Reform des Wahlrechts (Regelung von Überhang- und Ausgleichsmandaten) (M1). Die SuS sollen dabei – ggf. mit Hilfe eines eindeutigen Impulses der Lehrkraft – die Rolle des Landesverfassungsgerichts kritisch hinterfragen und problematisieren, ob es sich beim Landesverfassungsgericht um den „Hüter der Verfassung“ oder einen politischen Einflussfaktor handelt. Möglicherweise werden einige SuS an dieser Stelle zunächst inhaltlich auf das Wahlrecht abzielen, was insbesondere nach vorheriger Behandlung von Modul 3 zu erwarten wäre.

In der anschließenden Phase erarbeiten die SuS Argumente für eine nachfolgende Diskussion der Stundenleitfrage. Dabei bieten sich der Lehrkraft in der exakten Ausgestaltung dieser Phasen verschiedene Optionen. Die Positionen, die die SuS in der Diskussion vertreten sollen, können vorgegeben werden. Alternativ könnte den SuS freigestellt werden, welche Position sie vertreten möchten. Dieses Vorgehen birgt allerdings die Gefahr, dass die sich für die Diskussion ergebenden Gruppen stark in ihrer Größe unterscheiden. ⚡

Phase	L-Aktion	Sozialform/Methode/ Medien	erwartete SuS-Beiträge	Zeit
Einstieg	L präsentiert Urteil des Landesverfassungsgerichts SH zur Reform des Wahlrechts.	M1	SuS begründen (interpretieren?), warum das Landesverfassungsgericht als wichtigstes Organ der Judikative in diesem Falle in Entscheidungen der Legislative und der für die Mandatszuweisung zuständigen Landeswahlleiterin einwirkt.	10'
Problematisierung	L fasst ggf. SuS-Beiträge zusammen und bittet um die Formulierung eines Stundenthemas.	M1	Das Landesverfassungsgericht – Hüter der Verfassung oder politischer Einflussfaktor?	
Erarbeitung	L bittet SuS, mit Hilfe der Arbeitsaufträge 2–5 eine Diskussion zur Leitfrage vorzubereiten.	M1–M4	SuS erarbeiten Argumentation für eine Diskussion zur Leitfrage.	35'
Auswertung	L fordert SuS auf, die vorbereitete Diskussion zu führen und moderiert diese ggf.	M1–M4	SuS diskutieren die Rolle des Landesverfassungsgerichts („Hüter der Verfassung oder politischer Einflussfaktor?“). Einzelne SuS dokumentieren die in der Diskussion genannten Argumente.	15'
Sicherung	L fordert SuS auf, sich aus ihren Rollen zu lösen und die in der Diskussion genannten Argumente ggf. zu ergänzen bzw. zu erläutern.	Tafelbild	SuS ergänzen ggf. Argumente bzw. erläutern diese.	15'
Vertiefung	L fordert SuS zu einer persönlichen Stellungnahme auf.	M1–M4	SuS nehmen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Erarbeitungsphase und der Diskussion persönlich zur Leitfrage der Stunde Stellung.	15'

Die anschließende Diskussion der Stundenleitfrage ließe sich sowohl in zwei größeren Gruppen im Plenum als auch in mehreren kleinen Diskussionsgruppen durchführen. Dies sollte die Lehrkraft von der Selbstständigkeit der Lerngruppe abhängig machen. Bei einer Durchführung in Kleingruppen sollte für jede Gruppe jeweils ein Moderator oder eine Moderatorin zur Verfügung stehen. Zeitlich ist das Modul so konzipiert, dass es sich auch in zwei Einzelstunden (1. Stunde: Einstieg und Erarbeitung, 2. Stunde: Auswertung, Sicherung und Vertiefung) teilen ließe.

Die Erarbeitungs- und Sicherungsphase ließe sich auch in zwei Abschnitten durchführen. In diesem Falle ist zu empfehlen, die SuS zunächst die Aufgaben 2–4 bearbeiten zu lassen und anschließend die Ergebnisse zu sichern. In der dann folgenden Vertiefung wäre dann Aufgabe 5 zu bearbeiten. Der Diskussion müsste vermutlich eine erneute Erarbeitungsphase für das Ordnen der gesammelten bzw. das Erarbeiten weiterer Argumente vorgeschaltet werden.

Die Sicherung der Ergebnisse kann parallel zu einer Diskussion im Plenum an der Tafel erfolgen. Dabei kann sie durch die Lehrkraft selbst oder durch Protokollanten aus dem Kreise der SuS vorgenommen werden. Bei einer Durchführung der Diskussion in mehreren Kleingruppen sollte im Anschluss eine Sicherung im Plenum erfolgen. Die Lehrkraft sollte darauf achten, dass spätestens in dieser Phase die zahlreichen in den zur Verfügung gestellten Materialien genannten Artikel aus Gesetzestexten zur Prüfung der Argumentation herangezogen werden.

Die idealerweise in einem Tafelbild visualisierte Sicherung kann als Grundlage für die abschließenden persönlichen Stellungnahmen der SuS dienen. Die SuS bewegen sich dabei im folgenden, eingangs erwähnten Spannungsfeld: Als „Hüter der Verfassung“ – vor allem als Garant von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat – muss das LVerfG, will es seine Rolle ernst nehmen, unweigerlich in Konflikt mit der Politik geraten. Ist es nicht seine Aufgabe, der Politik ihre Grenzen aufzuzeigen und dabei – zwangsläufig – selber Politik zu machen? Oder sind alle Fragen mit Verfassungsrelevanz rein juristische Aufgabenstellungen, die in der Verfassung bereits beantwortet sind und vom LVerfG nur sichtbar gemacht werden?

Die SuS sollen dabei erkennen, dass die Deutung der Fundamentalprinzipien unserer Gesellschaft (Menschen- und Grundrechte, Demokratie, Sozial-, Rechtsstaat) über eine reine Rechtsanwendung hinausgehen könnte.

Mögliche Vertiefungsaufgaben

- ▷ Erläutern Sie, welche Aufgaben das Landesverfassungsgericht im politischen System Schleswig-Holsteins erfüllt.
- ▷ Erläutern Sie, welche Aufgaben das Bundesverfassungsgericht im politischen System der Bundesrepublik Deutschland erfüllt.
- ▷ Diskutieren Sie folgende These: „Das Bundesverfassungsgericht mischt sich zu sehr in die Politik ein.“

Literatur/Quellen/Links

<http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/recht-a-z/22260/gericht>

<http://ruessmann.jura.uni-saarland.de/bvr2006/Vorlesung/normenkunde.htm>

Zwei Links zu Artikeln, die die Kritik am Wahlverfahren der Richter/-innen am

Bundesverfassungsgericht behandeln:

https://www.haufe.de/recht/weitere-rechtsgebiete/prozessrecht/wahl-der-richter-am-bundesverfassungsgericht-wird-zum-thema_206_127054.html

<http://www.zeit.de/2014/49/bundesverfassungsgericht-bundestag-richter-wahl>



Foto: © Michael Hopp, Schleswig-Holsteinisches Landesverfassungsgericht (Stand Juni 2018)

Lösungshinweise

Stichwort: Landesverfassungsgericht

Am 1. Mai 2008 hat Schleswig-Holstein als letztes Bundesland ein eigenes Verfassungsgericht bekommen. Nach Beschluss des Landtages bildet es anstelle des bislang zuständigen Bundesverfassungsgerichts die höchste juristische Instanz des Landesrechts und damit das oberste Organ der Rechtsprechung, der Judikative.

Das Gericht besteht aus sieben ehrenamtlichen Richter(inne)n, die vom Landtag gewählt werden. Es hat seinen Sitz in Schleswig. Das Gericht tritt nur zusammen, wenn es angerufen wird – etwa bei Streitigkeiten über die Auslegung der Landesverfassung oder über die Vereinbarkeit von Landesgesetzen mit der Verfassung. Auch eventuelle Eingriffe der Landesebene in die kommunale Selbstverwaltung oder die Zulässigkeit von Volksinitiativen können das Gericht beschäftigen.

Das Recht zur Anrufung des Gerichts haben die Landesregierung, ein Drittel der Mitglieder des Landtages oder zwei Fraktionen. Auch Kommunen können sich ans Gericht wenden, ebenso wie Vertreter/-innen von Volksinitiativen, deren Vorstoß vom Landtag abgelehnt wurde. Klagen einzelner Bürger/-innen sind hingegen nicht möglich.

Aufgabe 1:

Schleswig-Holstein muss neu wählen (sh:z vom 30. August 2010, Auszug)

„Bis spätestens zum 30.09.2012 ist eine Neuwahl herbeizuführen“, verkündete Gerichtspräsident Bernhard Flor am 30. August 2010. Das damalige Gesetz sei im Zusammenspiel mit der Verfassung nicht vereinbar gewesen. „Die Bestimmungen zur Größe des Landtags und der Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit werden deutlich verfehlt.“ Die mandatsrelevanten Wahlfehler seien so schwerwiegend gewesen, dass die Legislaturperiode zu beschränken gewesen sei, hieß es in den Leitsätzen. Bis zur Neuwahl ist das Parlament mit der bestehenden Mehrheit aber voll arbeitsfähig. (Az.: LVerfG 3/09). Erst 2009 hatte der Norden vorzeitig gewählt, nachdem die CDU unter Ministerpräsident Carstensen das Bündnis mit der SPD platzen ließ. Beide Urteile fielen einstimmig.

Mit ihrem Urteil gaben die sieben Richter des Landesverfassungsgerichtes einer Klage der Fraktionen von Grünen und SSW (Südschleswigscher Wählerverband) statt. Die ebenfalls umstrittene Sitzverteilung im Parlament ließen sie dagegen unangetastet. Die Wahlleiterin habe das Gesetz korrekt ausgelegt, das aber verfassungswidrig sei, so Flor (Az.: LVerfG 1/10). Gegen die Sitzverteilung hatten sich Beschwerdeführer aus dem linken Lager gewandt.

Dreh- und Angelpunkt waren die Regelungen zu Überhang- und Ausgleichsmandaten. Gewann eine Partei mehr Direktmandate als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis zustanden, erhielten die anderen Parteien zusätzliche Sitze im Landtag. Dies war eine Besonderheit im Norden. Doch der Ausgleich war laut Gesetz begrenzt. Das führte nach der Wahl dazu, dass CDU und FDP die Mehrheit im Landtag errangen, obwohl sie etwa 27 000 Zweitstimmen weniger hatten als SPD, Grüne, Linke und SSW. Drei der Überhangmandate der CDU wurden dabei nicht kompensiert – erstmals in der Geschichte Schleswig-Holsteins. Der Landtag hatte nun 95 Abgeordnete statt der von der Verfassung vorgegebenen Regelgröße von 69. Nun musste der Landtag ein Landeswahlrecht schaffen, das die Entstehung von Überhang- und Ausgleichsmandaten weitgehend verhindern würde. Dabei legten die Richter nahe, die Zahl der Wahlkreise zu verringern und ihren Zuschnitt zu ändern.

Quelle: <https://www.shz.de/529296>

Aufgabe 2:

Exekutive: Bundesregierung, Landesregierung, Verwaltung, Polizei, Finanzbeamte

Legislative: Abgeordnete, Bundesrat, Landtag

Judikative: Bundesverfassungsgericht, Ländergerichte, Amtsgericht, Richter/-in

Aufgabe 3:

Der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts legt dem Landtag zunächst einen Wahlvorschlag vor. Der Landtag hat einige der Mitglieder sowie deren persönliche Stellvertreterinnen und Stellvertreter in geheimer Wahl ohne Aussprache zu wählen. Für die Wahl ist die Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages, also 46 Stimmen, erforderlich. Die Abgeordneten haben die Möglichkeit, mit Ja oder Nein abzustimmen oder sich zu enthalten. Stimmenthaltungen haben dabei die gleiche Wirkung wie Neinstimmen.

Mit der Reform des Verfassungsgerichtsgesetzes im Dezember 2016 hat der Landtag die Amtszeiten der Landesverfassungsrichter/-innen neu bestimmt. Ein/-e Richter/-in darf seitdem zwölf Jahre am Verfassungsgericht in Schleswig tätig sein, eine Wiederwahl ist dann aber ausgeschlossen. Der derzeitige Gerichtspräsident Bernhard Flor ist seit 2008 im Amt. Der 2017 neu an das Verfassungsgericht gewählte Richter Achim Theis kann bis 2029 am Verfassungsgericht wirken.

Weitere Richter/-innen standen im Februar 2017 nicht zur Wahl, weil die Amtszeiten zeitversetzt sind. Dies soll verhindern, dass die Richterstühle eventuell zu einem einzigen Zeitpunkt komplett neu besetzt werden müssen. Das Wahlergebnis am 22. Februar 2017 lautete: 55 der 65 anwesenden Abgeordneten stimmten für die vorgelegte Kandidatenliste, vier dagegen, sechs enthielten sich. Die Piraten hatten in der Vergangenheit mehrmals ein öffentliches Verfahren für die Benennung von Verfassungsrichtern gefordert.

Das Landesverfassungsgericht besteht aus insgesamt sieben Mitgliedern, die ehrenamtlich tätig sind. Flor etwa wirkt im Hauptamt als Präsident am Landgericht Itzehoe, Maren Thomsen ist Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Obergerverwaltungsgerichts und Ulrike Hillmann Präsidentin des Kieler Landgerichts.

Aufgabe 4:

Der Abgeordnete Breyer äußerte in einer Plenardebatte des Landtags, dass der Wahlvorschlag zum Landesverfassungsgericht nicht zustimmungsfähig sei, weil dem Vorschlag keine offene Ausschreibung der Stellen und keine ergebnisoffene, gemeinsame Suche nach den bestqualifizierten Juristen voraus gegangen sei. Nach dem Grundgesetz habe jeder deutsche Staatsbürger nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt. Richter- und Anwaltsverbände forderten dementsprechend eine öffentliche Ausschreibung der Stellen am Landesverfassungsgericht. Das sei nötig, um den besten Interessenten überhaupt eine Chance zu geben, sich zu melden und ins Gespräch zu bringen. Ohne öffentliche Ausschreibung hätten selbst topqualifizierte Verfassungsrechtslehrer aus benachbarten Bundesländern, die zum Teil jahrelange Arbeitserfahrung an Verfassungsgerichten erworben hätten, keine Chance.

Entgegenhalten könnte man dieser Argumentation, dass die ernannten Richter/-innen von den Parteien ausgewählt werden. Sie haben ansonsten, außer durch eine eventuelle Parteimitgliedschaft, keine Verbindung mit der Partei. Die regierungstragenden Parteien könnten, wenn sie denn wollten, mit ihrer Mehrheit die von ihnen favorisierten Kandidat(inn)en durchsetzen. In der demokratischen Praxis werden allerdings auch den kleinen Parteien im Parlament Kandidat(inn)en zugestanden. Hierdurch soll die politische Neutralität des Gerichts gewahrt werden. Die jeweiligen regierungstragenden Parteien agieren also demokratischer als sie nach Gesetzeslage müssten.

Durch die Wahl durch das Parlament ergibt sich zudem eine demokratische Legitimierung der Richter/-innen. Breyers Kritik, dass man Richterstellen öffentlich ausschreiben solle, ist nicht neu.

Ob sich durch das Wahlverfahren in der Praxis für bestimmte Akteure ein Nachteil ergeben hat, lässt sich dabei schwer überprüfen.

Aufgabe 5:

These: Als „Hüter der Verfassung“ – vor allem als Garant von Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat – muss das LVerfG, will es seine Rolle ernst nehmen, unweigerlich in Konflikt mit der Politik geraten.

Ist es nicht regelrecht seine Aufgabe, der Politik ihre Grenzen aufzuzeigen und dabei – zwangsläufig – selber Politik zu machen? Oder sind alle Fragen mit Verfassungsrelevanz rein juristische Aufgabenstellungen, die in der Verfassung bereits beantwortet sind und vom LVerfG nur sichtbar gemacht werden?

Die SuS sollen erkennen, dass die Deutung der Fundamentalprinzipien unserer Gesellschaft (Demokratie, Sozial-, Rechtsstaat) über eine reine Rechtsanwendung hinausgehen könnte.



Foto: Tim Reckmann/pixelio.de



www.politische-bildung.sh